

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

Ich möchte noch einmal auf die Frage eingehen, wie sich der Personalkostenanteil im Landeshaushalt entwickelt: Wir GRÜNEN haben uns das einmal etwas genauer angeschaut und sehen dahinter eine ganz klare Strategie, den Personalkostenanteil hochzurechnen und damit zu suggerieren, daß der Personalkostenanteil den Landeshaushalt und alle übrigen Ausgaben im Landeshaushalt erdrückt. Tatsächlich trifft das überhaupt nicht zu.

Ich habe mir die Zahlen der letzten 10 Jahre einmal angeschaut: Im Jahre 1983 zum Beispiel hatten wir einen Personalkostenanteil von 40,3 %. Im Jahre 1992 werden wir 39,7 % haben. Das ist eine Verringerung des Personalkostenanteils und keine Erhöhung.

Besonders interessant ist es, sich die Zahlen in der mittelfristigen Finanzplanung anzusehen. Ich nehme einmal die Finanzplanung aus dem Jahre 1987. Damals wurde für das Jahr 1991 ein Personalkostenanteil von 41,3 % prognostiziert.

Jetzt haben wir das Ergebnis für das Jahr 1991: 38,5 %! - Das ist interessant: Prognostiziert in der mittelfristigen Finanzplanung: 41,3 %; tatsächlich herausgekommen: 38,5 %!

(B)

Jetzt geht das gleiche Spielchen aber wieder los. Jetzt haben wir die Prognose für das Jahr 1995 in Höhe von 41,6 %. Im Moment sind wir bei 38,5 %.

Die Absicht ist doch ganz klar: Man rechnet den Personalkostenanteil hoch, um damit die berechtigten Ansprüche der Beschäftigten und auch die Erwartungen der Öffentlichkeit, der Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande, auf bestimmte Personalleistungen und Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger abzuwehren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben die tarifvertraglich vereinbarte Arbeitszeitverkürzung von 1988 auch 1992 nicht umgesetzt. Das heißt: Das Land als größter Arbeitgeber im Lande Nordrhein-Westfalen hat seine Vorbildfunktion zur Bekämpfung der nach wie vor hohen Erwerbslosigkeit in Nordrhein-Westfalen nicht erfüllt.

(C)

Sie haben diese neunmonatige Stellenbesetzungssperre ohne Rücksicht auf ihre Konsequenzen eingeführt. Diese sogenannte Sparsamkeit wirkt sich natürlich in den Engpaßbereichen mit hoher Fluktuation - zum Beispiel in der Gewerbeaufsicht, der Finanzverwaltung und an den Hochschulen - katastrophal aus. Die Stellen verwaissen, die Arbeit bleibt unerledigt. Arbeitsrückstände frustrieren. Neuanfänger/innen werden demotiviert. Es kommt zur Abwanderung gerade der qualifizierteren Kräfte aus der Verwaltung.

Meine Redezeit ist zu Ende. Ich will vielleicht noch einen Satz zur Gewerbeaufsicht und zur Finanzverwaltung sagen: Diese Bereiche sind personalmäßig absolut katastrophal ausgestattet. Ich halte es eigentlich für unverantwortlich, daß in diesen zentralen Bereichen der Landespolitik wegen Personalmangels die Aufgabenerfüllung nicht mehr gesichert werden kann. - Danke schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich nehme an, daß sich der Herr Finanzminister nicht mehr äußern möchte. - Dann schließe ich hiermit die Beratung.

Wir haben in diesem Fall keine Abstimmung durchzuführen. Der Landtag hat den Bericht bzw. die Erklärungen der Fraktionen zur Kenntnis genommen. Ich schließe damit diesen Punkt der Tagesordnung.

(D)

Wir kommen zu Nummer 8:

#### Einzelplan 09: Ministerium für Bundesangelegenheiten

Mit Drucksache 11/2809 liegt Ihnen die Beschlussempfehlung vor. Wird das Wort gewünscht? - Offensichtlich nicht.

Ich schließe die Beratung, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Einzelplan 09 entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 11/2809 zustimmen möchte,